

## **Statement Dr. Dagmar Pruin, Präsidentin Diakonie Katastrophenhilfe**

Bilanz-Pressekonferenz Diakonie Katastrophenhilfe am 27. Juli 2023 - Es gilt das gesprochene Wort.

Ich begrüße Sie herzlich zur Bilanz-Pressekonferenz der Diakonie Katastrophenhilfe. Bilanz-Pressekonferenzen dienen normalerweise einer Rückschau auf das vergangene Jahr. Bevor ich dazu komme, möchte ich aber zunächst einen Blick in die Zukunft richten, weil es drängt.

Heute wissen, was morgen geschieht: Das gelingt uns allen schon in vielen Belangen und auch ziemlich genau. So wissen wir – die Diakonie Katastrophenhilfe, Sie Journalist:innen und auch die Politiker:innen – dass durch den Klimawandel der Meeresspiegel steigt und Zehntausende Kilometer Küste weltweit bedroht sind. Stürme nehmen an Stärke und Dauer zu. Sie verheeren ganze Landstriche und zerstören die Lebensgrundlage tausender Menschen, vor allem im Globalen Süden. Wir erleben weltweit gerade den heißesten Juli, der jemals auf der Erdoberfläche aufgezeichnet wurde. Es wird leider nicht der letzte Rekord sein.

Schätzungen des vergangenen Klimagipfels gehen von **Folgekosten in dreistelliger Milliardenhöhe aus – jährlich!** Das mögen schier unvorstellbare Beträge sein, doch sie sind die Quittung dafür, dass wir jahrzehntelang weggeschaut und den menschengemachten Klimawandel ignoriert haben. Den Preis für unsere Vogelstrauß-Attitüde bezahlen schon jetzt vor allem die Menschen, die den Klimawandel nicht verursacht haben.

Deshalb muss schneller gehandelt werden. Es geht darum, dass wir die Verantwortung anerkennen und übernehmen. Das bestätigen auch mehrheitlich die Menschen in unserem Land. Die Diakonie Katastrophenhilfe hat vergangene Woche eine repräsentative Umfrage in Auftrag gegeben und danach gefragt, ob die Kosten für Schäden und Verluste in den ärmeren Ländern dieser Welt von den Verursachern getragen werden sollen. Das Ergebnis: Eine Mehrheit stimmt dem zu. Die genauen Ergebnisse der Umfrage können sie der Pressemappe entnehmen. Auf dem Klimagipfel im November 2022 in Ägypten konnten die teilnehmenden Staaten sich erstmals auf einen Fonds einigen, den zukünftig die Verursacher der Klimakrise finanzieren sollen. Die entscheidende Frage - wie, wann und wieviel Geld Staaten darin einzahlen - ist aber noch offen.

Dieser Loss and Damage Fonds ist Grundlage dafür, um in Zukunft auch gesichert und vorausschauend humanitäre Hilfe leisten zu können. Er muss zügig und verlässlich finanziert werden, und zwar zusätzlich zu den bisherigen Mitteln für humanitäre Hilfe. Das humanitäre System kompensiert schon heute zum Teil ebene Schäden und Verluste. **Aber es ist chronisch unterfinanziert.** Von den rund 50 Milliarden Euro, die 2023 nötig sind, um die weltweiten humanitären Krisen zu bewältigen, sind - Stand heute - erst rund ein Viertel finanziell gesichert. Was das zur Folge hat, konnten wir in den vergangenen Monaten beobachten: In Bangladesch wurden mehrfach die Hilfsleistungen für Geflüchtete in den Rohingya-Camps gekürzt. Im Südsudan musste das Welternährungsprogramm im vergangenen Jahr trotz einer drohenden Hungersnot die Nahrungsmittellieferungen zusammenstreichen. Und erst diese Woche musste die Hilfe für syrische Geflüchtete in Jordanien gekürzt werden. Der Grund jeweils: Es war kein Geld da.

Und jetzt – vor diesem Hintergrund - will die Bundesregierung die Humanitäre Hilfe kürzen. Sie können sich vorstellen, welche großen Sorgen mir diese Pläne bereiten. Der vorliegende Haushaltsentwurf der Bundesregierung sieht für 2024 fast eine Milliarde Euro weniger für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland vor. 1 Milliarde! Um es ganz deutlich zu sagen: Wer ein Budget um ein Drittel reduziert, kürzt nicht, sondern betreibt Kahlschlag. Das ist rückwärtsgewandt und kurzsichtig. Wie sollen mit weniger Geld mehr Schäden, mehr Verluste, mehr dringend benötigte Hilfe gestemmt werden? Diese Rechnung geht nicht auf! Es braucht eine gesicherte und verlässliche langfristige Finanzierung.

Gerade bei diesen Aussichten stimmt es mich froh, dass für die Diakonie Katastrophenhilfe als das humanitäre Hilfswerk der evangelischen Kirchen 2022 ein Rekordjahr war. Mit 97,4 Millionen Euro konnten wir das außergewöhnliche Spendenergebnis aus 2021 nochmals um die Hälfte steigern. Das lag vor allem am russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022. Es zeigt, dass die Menschen in Deutschland die drängenden Herausforderungen verstehen, dass sie handeln und durch ihre Spenden helfen möchten. Dank der Großzügigkeit unserer Spender\*innen haben wir 125 Hilfsprojekte in Höhe von 106,4 Millionen Euro in 41 Ländern auf den Weg gebracht. Die Gesamteinnahmen der Diakonie Katastrophenhilfe lagen 2022 mit 134,8 Millionen Euro um rund ein Drittel höher als im Vorjahr. Gleichzeitig konnten wir den Anteil von Werbung, Verwaltung und satzungsgemäßer Öffentlichkeitsarbeit an den Gesamtausgaben senken, er lag bei 6,9 Prozent.

Hervorheben möchte ich die große Unterstützung für die Ukraine: 68 Millionen Euro Spenden sind eingegangen. Sie haben mehr als 30 Projekte in der Ukraine sowie in zwölf Ländern ermöglicht, in die viele Menschen aus der Ukraine geflohen sind. In Deutschland setzten wir einen Fonds mit zehn Millionen Euro auf. Damit konnten die diakonischen Landesverbände mit mehr als 245 eigenen Projekten die Begleitung und Integration von Geflüchteten aus der Ukraine unterstützen. Und unsere Hilfe geht weiter: Als der Kachowka-Staudamm im Juni zerstört wurde, organisierte unser lokaler Partner binnen weniger Stunden Schlauchboote und Hilfsgüter. Trotz aller Risiken haben die Betroffenen Hilfe in ihrer Not erhalten.

Auch die zweckungebundenen Spenden, die flexibel für schnelle Nothilfe oder in sogenannten „vergessenen Katastrophen“ wichtig sind, stiegen um mehr als 20 Prozent auf 18,1 Millionen Euro. Dieses Geld erlaubt uns, Menschen fernab jeder Aufmerksamkeit zu helfen. Ein Beispiel: Um eine Antwort auf drohende Hungersnöte zu liefern, konnte die Diakonie Katastrophenhilfe ein spezielles Programm auflegen. Am Horn von Afrika, im Jemen, in der Demokratischen Republik Kongo und Haiti, also in insgesamt sieben Ländern, setzten wir jeweils eine Million Euro ein, um noch mehr als schon in den vergangenen Jahren dem Hunger unsere Hilfe entgegenzusetzen. Laut den jüngsten Zahlen von UN-Organisationen konnte der globale Anstieg des Hungers – mit Ausnahme weiter Teile Afrikas - zumindest gestoppt werden. Deswegen möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich unseren Spenderinnen und Spendern danken, die ihren Teil dazu beigetragen haben und uns in einem nie dagewesenen Umfang unterstützen.

Die Folge an Katastrophen der vergangenen Jahre reißt indes nicht ab: Bei den schweren Erdbeben im Februar dieses Jahres in der Türkei und Syrien starben mehr als 56.000 Menschen. Auf der syrischen Seite hat die Katastrophe die Not der Bevölkerung, die seit Jahren unter dem Bürgerkrieg leidet, weiter verschärft. Dort und auch in der Türkei konnte die Diakonie Katastrophenhilfe dank ihrer Partnerorganisationen vor Ort schon vom ersten Tag die größte Not lindern: Mit Winterkleidung für Kinder, Matratzen, Trinkwasser und Hygienepaketen. Der Zugang zum Nordwesten Syriens ist schwierig. Doch immerhin wurden nach den Erdbeben weitere Grenzübergänge geöffnet. So konnte internationale Hilfe leichter zu den Menschen gelangen.

Umso bestürzender war die Tatsache, dass der UN-Sicherheitsrat das Mandat zur Nutzung des wichtigsten Grenzübergangs Bab Al-Hawa im Juli wegen Russlands Veto nicht verlängert hat. Mehr als 2700 LKWs mit Hilfsgütern waren seit Februar über dieses Nadelöhr nach Syrien gelangt. Sollten auch die anderen zwei verbliebenen Grenzübergänge im August geschlossen

werden, droht eine neue Katastrophe. Zwar hat das Regime in Damaskus wenige Tage später die Öffnung des Grenzübergangs zugesichert, doch diese Lebensader kann schnell versiegen, wie der Einsatz des Vetorechts gezeigt hat. Deswegen unterstreiche ich hier: Humanitäre Hilfe ist kein politischer Spielball. Sie darf nicht durch politisch motivierte Entscheidungen im UN-Sicherheitsrat blockiert werden, sondern muss Menschen in Not uneingeschränkt zustehen!

Eine weitere akute Krise, die sich zu einer regionalen Katastrophe auszuweiten droht, ist der Krieg im Sudan. Eine regionale Katastrophe deshalb, weil sie nicht nur den Hunger innerhalb des Sudans verschärft und alte Konflikte wie in Darfur neu entfacht. Dieser Krieg trifft auch die Nachbarländer, wie zum Beispiel den Südsudan. Bei meinem Besuch dort im Januar habe ich Zehntausende Quadratkilometer überflutetes Land gesehen. Die Lebensgrundlage von rund 900.000 Menschen war vernichtet. Wie sollen Länder wie der Südsudan oder auch Tschad zusätzliche Herausforderungen durch derzeit fast 400.000 Geflüchteter aus dem Sudan bewältigen? Diese Länder brauchen dringend mehr Unterstützung statt Kürzungen bei der humanitären Hilfe – und es braucht jede diplomatische Anstrengung, um den gewaltsamen Konflikt im Sudan zu beenden, der kaum noch Beachtung findet.

Ich möchte trotzdem mit einem positiven Beispiel abschließen, das uns Hoffnung gibt. Und das schließt auch an mein Anfangsthema an: Bei der Flut in Pakistan im vergangenen Jahr stand ein Drittel des Landes über Monate unter Wasser, mehr als 33 Millionen Menschen waren betroffen. Eine ähnliche Flut gab es schon 2010. Und doch war 2022 etwas anders: Pakistan hatte in den vergangenen zwölf Jahren die Katastrophenvorsorge verbessert. Auch die Diakonie Katastrophenhilfe investierte mit ihren Partnern in Frühwarnsysteme und Infrastruktur, wie Fußgängerbrücken. Mehr als acht Millionen Euro haben wir seit 2010 in der Katastrophenvorsorge in Pakistan eingesetzt und damit Menschenleben geschützt. Auch weil während der Flut die Kommunikation zwischen Katastrophenschutz und Gemeinden dadurch besser funktioniert hat.

Diese Erfahrung bestärkt uns. Gerade in Zeiten des Klimawandels muss noch viel mehr in Katastrophenvorsorge und vorausschauende humanitäre Hilfe investiert werden. Dass sich das lohnt, belegen Zahlen der Vereinten Nationen: Jeder investierte Euro vermeidet vielfach höhere Kosten, die zur Schadensbewältigung nach einer Katastrophe aufgewendet werden müssen. Diese Erfahrung und Grundlage sollten wir uns dringend zu Herzen nehmen für das, was uns in Zukunft erwartet und was beim nächsten Klimagipfel entschieden wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.